

Bush-Besuch in Europa: A Nice Try

Selten sah sich ein US-Präsident solch hohen Erwartungen seitens der amerikanischen Printmedien ausgesetzt wie diese Woche George W. Bush während seines fünftägigen Kurzbesuchs in Europa. Es galt die zerrütteten transatlantischen Beziehungen wieder aufzupolieren und die Einheit der Vereinigten Staaten mit Europa zu betonen. Ob und in welchem Maße dies Bush gelingen würde, verfolgten die überregionalen Tageszeitungen gespannt. Seine Rede in Brüssel vor ausgewähltem Publikum sowie die Begegnungen mit diversen europäischen Regierungschefs und Staatsoberhäuptern wie Jacques Chirac oder Gerhard Schröder wurden genaustens analysiert und interpretiert.

Aus Sicht der amerikanischen Medien bleibt trotz enthusiastischer Begrüßung des Präsidenten insbesondere durch Politiker nicht mehr als verhaltener Optimismus zurück. Auch wenn Bush nette Worte für die Verbündeten im Irakkrieg fand und den europäischen Ansatz im Iran lobte, so wurde dessen rigides Auftreten bezüglich Syriens, Russlands und Chinas in der Presse doch teilweise als „diplomatischer Selbstmord“ bezeichnet. Letztere weiß zu genau, dass sich den Europäern angesichts eindeutiger Erklärungen der US-Außen- und Sicherheitspolitik und einer Demonstration von Stärke die Nackenhaare aufstellen. So wurde Bushs Einstellung von „take it or leave it“ hinsichtlich des Irans sowie sein Weltbild von Gut gegen Böse, welches die Europäer verabscheuen, hierzulande deutlich kritisiert. Angesichts des Wunschzettels, den Präsident Bush mit nach Europa brachte (höherer Grad an Beteiligung im Irak, Unterstützung der USA bei der Verbreitung von Demokratie) war man überrascht, dass es an Zugeständnissen von Seiten der Bush-Administration fehlte. Streitthemen, die den Europäern sehr am Herzen liegen und welche die Beziehungen mit Europa während Bushs erster Amtszeit belasteten, beispielsweise das Kyoto-Protokoll, der internationale Strafgerichtshof und die Konflikte in Afrika, wurden übergangen oder lediglich mit kurzen Bemerkungen bedacht. Stattdessen richtete Bush seinen Blick vielmehr auf die gemeinsamen Werte, die die beiden Kontinente verbinden und betonte deren Bedeutung für eine zukünftige Zusammenarbeit. Die Tatsache, dass Bush einen neuen Ton in den transatlantischen Beziehungen anzuschlagen bereit ist, wurde zwar honoriert, gleichzeitig aber als vertane Chance verstanden, einen wirklichen Wechsel herbeizuführen. Eine Veränderung vielmehr am Stil als an der Substanz wird von den amerikanischen Medien als unbefriedigend empfunden.

Dass Bush momentan einen schweren Stand hat, ist man sich bewusst. Anstelle einer Demonstration von Kameradschaft soll er einerseits Rückgrat beweisen, andererseits aber durch das Aufzeigen von Alternativen erfolgreiche Diplomatie betreiben.

Hinsichtlich des Chinaproblems, welches den Wunsch nach Beendigung der transatlantischen Spannungen überlagert, gehen die Meinungen in der hiesigen Presse auseinander. Während die Mehrheit die Hoffnung hegt, dass Bush hart bleibt und die Aufhebung des seit 15 Jahren bestehenden Waffenembargos missbilligt, befürworten andere ein Einlenken, um den europäischen Regierungen bei der Idee der Verbreitung von Freiheit in der Welt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aus eben denselben

Gründen wünscht sich der größere Teil der amerikanischen Öffentlichkeit einen Einstieg der USA in die Verhandlungen mit dem Iran über das Atomwaffenprogramm. Das Herunterspielen der derzeit bestehenden Differenzen hinsichtlich Teherans durch die alleinige Betonung des Ziels eines atomwaffenfreien Irans, was beim Treffen von Bush und Schröder am vergangenen Mittwoch besonders deutlich wurde, wird allgemein bedauert und die Körpersprachen zwischen den beiden Politikern als nicht sonderlich herzlich interpretiert. Dass jedoch eine halbwegs arbeitstaugliche Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehe, sei unstrittig, auch wenn der fehlende Kontakt zwischen deutschen Bürgern und dem Präsidenten den ein oder anderen befremdete und als Metapher für eine bestehende Distanz gewertet wurde.

Während die an Syrien und den Iran gerichteten harten Worte Bushs niemanden verwunderten, kamen dessen Bemerkungen zu den antidemokratischen Trends in Russland gegenüber dem Bush-Befürworter Putin als Überraschung. Von den Konservativen, die mit Bushs bisheriger Toleranz in diesem Punkt nie einverstanden waren, wurde jedoch die klare Sprache begrüßt. Das Treffen Bushs mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin wird dennoch größtenteils als Wunsch der weiteren Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus gewertet und als Versuch verstanden, die etwas harscheren Worte der letzten Tage zu relativieren.

Bushs Lösungsansätze hinsichtlich des Israel-Palestina-Konflikts sehen die US-Medien als Zuckerbrot für die Europäer, denen die Konfliktbewältigung in dieser Region der allgemeinen Verbreitung von Demokratie vorrangig erscheint. Der Äußerung Bushs, dass der Frieden in Reichweite sei, steht man hier verhalten gegenüber, denn Bush wird sich international an seinen Worten messen lassen müssen. Aus diesem Grund wurde von ihm erwartet, dass er eine Agenda der transatlantischen Kooperation im Mittleren Osten nach Hause bringe.

Übereinstimmend wird bemerkt, dass Bush die Notwendigkeit der Partnerschaft mit Europa für seine eigenen Projekte erkannt hat und nun bereit ist, den europäischen Regierungen zuzuhören. Nicht zuletzt wollte Bush aus hiesiger Sicht mit einem dreitägigen Besuch in der „Hauptstadt“ der Europäischen Union dieser schmeicheln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bush-Besuch nicht mehr als eine Bestätigung gesehen wird, dass es überhaupt einen gemeinsamen Lösungsansatz für die genannten Probleme geben sollte. Wiederum habe die Ideologie gegenüber dem Pragmatismus die Oberhand gewonnen und beide Seiten bereits partiell resigniert. Die amerikanischen Medien haben jedenfalls übereinstimmend konstatiert, dass die bestehende ideologische Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union doch recht groß sei. Man ist jedoch bereit, die nächsten Wochen abzuwarten und zu sehen, wie nun die Gespräche in reale Politik umgemünzt werden sollen.